



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

ave
h

p.B.15.21.RDA ³~~6~~ - EA/FR/TR/kl

Bern, den 1. Dezember 1980

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

Offizieller Besuch von DDR-Aussenminister Oskar Fischer in Bern
19. - 21. November 1980

An die schweizerischen diplomatischen
Vertretungen im Ausland
An das Generalkonsulat in West-Berlin

Herrn Bundesrat Pierre Aubert
Herrn Staatssekretär Raymond Probst
Herrn Botschafter Jimmy Martin
Herrn Botschafter Emanuel Diez
Herrn Botschafter Marcel Heimo
Herrn Botschafter Arnold Hugentobler
Frau Botschafter Francesca Pometta
Herrn Botschafter Jean-Pierre Ritter
Herrn Botschafter Hansjakob Kaufmann
Herrn Minister Jean Monnier
Herrn Minister Jean Zwahlen
Herrn Minister Maurice Jaccard
Herrn Minister Pierre-Louis Girard
Herrn Ludwig Meier
Herrn Alfred Glesti
Herrn Hansjörg Renk
Herrn André Vallon
Herrn Alfred Rüegg
Herrn Othmar Uhl
Herrn Herbert von Arx
Herrn Mathias Krafft
Herrn Bernard de Riedmatten
Herrn Rolf Heinis
Frau Marianne von Grünigen
Herrn Arthur Bill
Herrn Alexander Saluz
STH/TR/VP/BN/HJ/EA/WI/JL/RV/DD/
MM/FR/CC/KR/FO/WH/ZL/CRE/GH/PS/SE/STF
Herrn Botschafter Cornelio Sommaruga, BAWI
Herrn Botschafter Benedikt von Tschärner, BAWI
Herrn Louis Roches, BAWI
Herrn William Rossier, BAWI
Herrn Rudolf Kummer, BAWI

Politische Abteilung I

(Handwritten signature)

(Brunner)

Dodis



- I -

Schweizerische Delegation

Herr Bundesrat Pierre Aubert	Chef der Schweizerischen Delegation
Herr Staatssekretär Raymond Probst	Direktor der Politischen Direktion
Herr Botschafter Friedrich Schnyder	Schweiz. Botschafter in Berlin
Herr Botschafter Emanuel Diez	Direktor der Direktion für Völkerrecht
* Herr Botschafter Jean-Pierre Ritter	Chef des Politischen Sekretariats
Herr Othmar Uhl	Chef Information und Presse
* Herr Hansjörg Renk	Stellvertreter des Chefs der Politischen Abteilung I
Herr Louis Roches	Abteilungschef, BAWI
Fräulein Catherine Krieg	Sekretärin des Departementschefs
Herr Hans-Peter Erismann	Sachbearbeiter, Politische Abteilung I
Herr Andreas Friedrich	Sachbearbeiter, Politisches Sekretariat
** Herr Georg Zubler	Sachbearbeiter, Finanz- und Wirtschaftsdienst

* bei den offiziellen Besprechungen nur vormittags anwesend, Sonderbesprechungen nachmittags

** bei den offiziellen Besprechungen nur nachmittags anwesend

- II -

Delegation der DDR

Herr Aussenminister Oskar Fischer	Delegationschef
Herr Botschafter Klaus Goldenbaum	Botschafter der DDR in Bern
Herr Gesandter Manfred Niklas	Kabinettschef des Aussenministers
* Herr Botschaftsrat Wolfgang Strohmeyer	Stellvertreter des Chefs der Abteilung Westeuropa
* Herr Jürgen Stelzner	Mitarbeiter des Kabinettschefs
Herr Hans Schwanitz	Sektionschef, Abteilung Westeuropa (Oesterreich und Schweiz)
Frau Anita Neidhardt	Uebersetzerin

* bei den offiziellen Gesprächen nur vormittags anwesend,
Sonderbesprechungen nachmittags

VERTRAULICH

ZUSAMMENFASSUNG

der Gespräche zwischen Oskar Fischer, Aussenminister der DDR, und Pierre Aubert, Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten, vom 20. November 1980

1. Allgemeines

Bundesrat Aubert stellt einleitend fest, dass es sich um den ersten offiziellen Besuch eines DDR-Aussenministers in der Schweiz handelt, seit wir im Jahre 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Wir erhoffen uns davon einen nützlichen Gedankenaustausch über multilaterale Themen sowie gewisse Fortschritte bei einer Reihe von bilateralen Problemen.

Aussenminister Fischer meint, dieser erste Besuch sei zeitgemäss und überfällig. Die DDR hat ein lebhaftes Interesse daran und hofft, die Ergebnisse werden dazu dienen, die gegenseitigen Beziehungen auszubauen.

Hauptziel der DDR-Aussenpolitik ist es, durch gute Beziehungen zu allen Staaten der Region möglichst günstige (d.h. ruhige) äussere Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, im Innern in Ruhe und Frieden zu arbeiten. Die DDR ist somit dem Frieden verpflichtet.

- 2 -

Die Gründe für die gegenwärtige Verschlechterung des internationalen Klimas liegen u.a. bei Präsident Carters Direktive Nr. 18 aus dem Jahre 1977 (Erhöhung der Rüstungsausgaben; Verbesserung der Schlagkraft der US-Truppen in Europa; Schaffung mobiler Elemente, insbesondere für einen Einsatz im Golf; neue Zielplanungspolitik für den Einsatz von Nuklearkraften). Bezeichnend ist auch, dass die NATO 1978 in Washington tagte, während gleichzeitig in New York eine UN-Sondersession über Abrüstung stattfand. Weitere Ursachen der heutigen Zuspitzung der Lage bilden der Brüsseler NATO-Beschluss vom vergangenen Dezember, die verstärkte amerikanische Präsenz im Norden der BRD und die Direktive Nr. 59 (Trident). Die Sowjetunion dagegen beschloss am 6. Oktober 1979 den einseitigen Abzug von rund 20'000 Mann aus der DDR, der vor rund drei Monaten abgeschlossen wurde. Ein sowjetischer Vorschlag für einen weiteren Truppenabzug aus der DDR ist vorläufig vom Westen noch nicht beantwortet worden.

Trotz allem wollen wir beharrlich nach Abrüstung streben, denn politische Entspannung kann nur durch militärische Entspannung dauerhaft sein. Wir hoffen deshalb auf Fortschritte bei den Verhandlungen in Genf und Wien sowie auf die Ratifizierung von SALT II. Dies sind die Schlüsselfragen, die gelöst werden müssen, um die politische Landschaft wieder so zu machen, wie sie 1975 war.

2. K S Z E

Bundesrat Aubert ist der Auffassung, dass sich die internationale Lage seit Helsinki derart verschlechtert hat, dass man nicht mehr von Entspannung sprechen kann. Wir nehmen mit Beun-

- 3 -

ruhigung zur Kenntnis, dass Europa zum grössten Waffenarsenal aller Zeiten geworden ist und dass zwischen den verschiedenen Staaten kein Vertrauen mehr herrscht.

Als neutraler Staat wollen wir die Gründe für die auf beiden Seiten vorhandenen Arsenale nicht untersuchen. Immerhin scheint aufgrund von allgemein zugänglichen Zahlen der Osten noch besser gerüstet zu sein als der Westen.

Frage 1: Ist die DDR mit dem Prinzip einer "europäischen Konferenz über die Wiederherstellung des Vertrauens" einverstanden, die nach Madrid stattfinden würde? Denkbar wären Expertengespräche im Jahre 1981 und eine eigentliche Konferenz 1982/83 (es scheint uns sinnlos, eine solche Veranstaltung "Abrüstungskonferenz" zu nennen, solange das Vertrauen nicht wieder hergestellt ist).

Frage 2: Wie beurteilt die DDR den schweizerischen Vorschlag für ein System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten?

Aussenminister Fischer: Obwohl man sich nach Belgrad einig war, dass sich eine Konferenz "à la Goldberg" nicht wiederholen darf, müssen wir es heute kurioserweise als Erfolg verbuchen, wenn in Madrid ein "Belgrad" überhaupt zustandekommt.

Zu Frage 1:

Die DDR und ihre Verbündeten haben sich bereits für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung geäussert, an der einerseits über Vertrauen und andererseits über Abrüstung gesprochen werden soll. Der französische Vorschlag könnte

- 4 -

eine gemeinsame Basis bilden. Als Tagungsort für eine solche Konferenz käme Warschau in Frage.

Wir sind mit Ihnen einig, dass man die Konferenz von Madrid nicht durch Abrüstung überfordern soll. Wenn die Politik schon in Scherben liegt, um wieviel schwieriger ist es da, auf militärischem Gebiet weiterzukommen. Man könnte aber in der Tat zu dem Zeitpunkt, den sie vorschlagen, gemeinsam einen Schritt vorwärtsmachen.

Die DDR-Delegation in Madrid hat Weisung, alles zu unterstützen, was der Zusammenarbeit dienlich ist und Vertrauen herstellt, sofern es in Materielles einmündet. Während solche Schritte auf dem Gebiet der Kultur und der Wirtschaft relativ einfach erscheinen, sind sie auf dem Gebiet der Abrüstung sehr schwierig.

Zu Frage 2:

Wir sind durchaus bereit, mit Ihnen über allfällige gemeinsame Schritte zu sprechen und schlagen vor, dass sich die KSZE-Spezialisten der beiden Delegationen im Laufe des Tages über dieses Thema unterhalten.

Bundesrat Aubert akzeptiert diesen Vorschlag (ein entsprechendes Treffen findet am Nachmittag statt, vgl. Beilage).

Der schweizerische Vorschlag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten soll im Rahmen der bilateralen Themen erörtert werden. Wir danken aber schon an dieser Stelle dafür, dass Herr Pache (Journalist von "24 heures") in Berlin akkreditiert werden konnte.

3. Afghanistan

Bundesrat Aubert: Wir wollen an dieser Stelle nicht versuchen, uns gegenseitig zu überzeugen oder über die Hintergründe der Krise zu sprechen. Die sowjetische Intervention stellt aus unserer Sicht ein neues Element der Spannung dar und beunruhigt uns stark. Es interessiert uns, wie eine Lösung aus der Sicht der DDR aussehen könnte. Wir würden den britischen Neutralitätsvorschlag unterstützen. Das afghanische Volk soll selbst das Regime wählen können, unter dem es leben muss. Dazu ist natürlich ein Rückzug der sowjetischen Truppen Voraussetzung. Es fragt sich, wie dies geschehen kann, ohne dass eine der beteiligten Seiten das Gesicht verliert. Eine Rückkehr Afghanistans zur Neutralität wäre der Entspannung förderlich (wir sprechen von Neutralität und nicht Neutralisierung, denn letztere würde Kontrolle durch ausländische Mächte bedeuten). Afghanistan müsste auch blockfrei sein und den berechtigten Interessen der Nachbarn in der Region Rechnung tragen.

Aussenminister Fischer: Unsere Ansichten zu diesem Thema wären in der Tat verschieden. Es geht um eine Angelegenheit zwischen der Sowjetunion und Afghanistan. Erst die Propagandisten haben daraus ein Problem und ein Element der Spannung gemacht. Bekanntlich wird die sowjetische Hilfe einzig aufgrund von Artikel 4 des Beistandsvertrages geleistet. Da ja heute niemand aus Afghanistan einen Bündnispartner machen will, fühlt sich dieses Land offenbar den Blockfreien zugehörig. Eine Lösung des Problems ist in den Vorschlägen der afghanischen Regierung vom vergangenen Sommer enthalten. Aussenminister Dost informierte mich in New York darüber persönlich. Afghanistan wird auf die sowjetische Hilfe verzichten, sobald jede Einmischung

- 6 -

von aussen beendet ist. Dann wird Afghanistan auch seinen Platz unter den Blockfreien finden und einnehmen. Die Vorschläge von Aussenminister Dost sind daher für mich wesentlicher als die Vorschläge Carringtons.

4. Polen

Bundesrat Aubert: Wir sind der Auffassung, dass es der Erhaltung des Friedens in Europa dient, wenn alle Staaten, besonders aber Polens Nachbarn, die gegenwärtigen Probleme der Polen als rein interne Angelegenheit betrachten und jede Einmischung unterlassen. Wie beurteilen Sie die Entwicklung in Ihrem östlichen Nachbarland?

Aussenminister Fischer: Es geht in der Tat um eine interne Angelegenheit und um kein "polnisches Problem". Ihre Fragen würden Sie besser an den polnischen Aussenminister Czyrek richten als an mich (wir würden sogar mitfragen!). Polen wird sozialistisch bleiben und strebt seiner inneren Stabilisierung wieder zu. Die Danziger Abkommen werden sicher eine Rolle spielen, denn die führende Rolle des Sozialismus ist dort ausdrücklich bestätigt. Es geht um jenes Polen, das die Polen wollen. Volk und Führung wissen, dass für Europa ein stabiles Polen von Interesse ist.

Die schlechten Ernten sind nicht allein schuldig an der schwierigen Wirtschaftslage. Auch wegen der Streiks konnte Polen nicht produzieren, was es sollte und wollte. In den letzten Wochen fand zwar eine Produktionssteigerung statt, sie kann aber den entstandenen Schaden nicht wettmachen. Die DDR hilft deshalb, zusammen mit anderen Staaten, dem mit ihr verbündeten Polen.

- 7 -

Der Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen wurde lediglich von 8 auf $3\frac{1}{2}$ Mio. Besucher reduziert, aber keineswegs eliminiert. Die Pass- und Visafreiheit bleibt erhalten. Es waren wirtschaftliche Gründe, die uns und Polen zu diesen Massnahmen zwangen. Es ist bei offener Grenze auf die Dauer nicht möglich, für die Versorgung von 36 Mio. Polen ein "Kartensystem" (Rationierung) einzurichten, wenn das für die nur 17 Mio. Deutschen nicht der Fall ist.

Für die polnische Führung gilt jetzt die Maxime: arbeiten, denn Arbeit ist Voraussetzung für Leben und Wohlstand.

Bundesrat Aubert: Wird der Winter die Lage namentlich auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht weiter verschärfen und die Spannungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung wieder aufflammen lassen? Die polnische Regierung ging ja auch westliche Staaten um Hilfe an.

Aussenminister Fischer: Wir wissen nicht, was der "Danziger Fürst" vorhat. Weil der Winter sicher hart wird, führt die polnische Regierung ein Kartensystem ein, das aber voraussichtlich vorher mit breiten Kreisen der Werktätigen diskutiert wird. Spannungen sind nicht auszuschliessen. In den neuen Gewerkschaften gibt es aber auch Männer, die vernünftig genug sind um einzusehen, dass man ohne Arbeit nicht leben kann. Darum brauchen sich auch andere Staaten nicht zu beunruhigen. Die Polen dürften in der Lage sein, die Situation zu meistern. Man kann nur hoffen, dass der "Danziger Fürst" das ABC der Versorgung eines Volkes begreift, denn es wäre zu leichtsinnig, etwas zu verlangen, was nicht vorhanden ist.

Staatssekretär Probst: Wir sind der Meinung, dass das wirtschaftliche Gefälle zwischen den beiden Staaten nicht erst seit zwei Monaten besteht. Falls in Polen Zwang ausgeübt wird, so würde die Spannung in Europa weiter ansteigen. Wir erwarten deshalb, dass sich niemand in die polnischen Angelegenheiten einmischen wird.

5. Innerdeutsche Beziehungen

Bundesrat Aubert möchte sich bei diesem Thema nicht aufhalten und in der Traktandenliste fortfahren.

Aussenminister Fischer: Die Beziehungen zwischen DDR und BRD sind für das Klima in Europa von erheblichem Gewicht - und umgekehrt. Die DDR hat ein Interesse daran, mit ihrem westlichen Nachbarn wenn möglich gutnachbarliche Beziehungen zu pflegen. Dazu muss man aber in der BRD begreifen, dass ein störungsfreies Verhältnis nur dann möglich ist, wenn diese Beziehungen keine Sonderbeziehungen sind.

Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir zu zeitweiligen Zugeständnissen bereit sind. So haben wir denn akzeptiert, dass die BRD in Berlin durch einen "Staatssekretär" und nicht durch einen Botschafter vertreten wird. Solche Sonderverhältnisse haben aber keine Zukunft. Die DDR ist ein normales Völkerrechtsobjekt wie alle andern. Je schneller Bonn das begreift, desto besser.

Noch nicht gelöst sind die Frage der Grenzmarkierung (zwei offene Stellen), die Frage der Staatsbürgerschaft (der DDR-Aussenminister hat kurioserweise BRD-Staatsbürgerschaft!), das

- 9 -

Problem der Einmischung der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR und anderes mehr. Die Lösung besteht darin, dass jeder den anderen so respektiert, wie er tatsächlich ist. Dann könnten die deutschen Staaten der europäischen Politik immer wieder gute Impulse geben.

Nach den Wahlen in der BRD sollten die dortigen Führer sich wieder zu einer vernünftigen Sprache zurückfinden. Aussagen wie Schmidt's Behauptung im Wahlkampf, er müsse "für jene 17 Mio. mitsprechen, die stumm sind", sollten jetzt unterbleiben. Ich erachte es als positiv, dass Aussenminister Genscher sich mit mir in New York erstmals über bilaterale Fragen unterhalten hat (vorher wurde ich immer an den Minister für innerdeutsche Beziehungen verwiesen).

6. Iranisch-irakischer Konflikt

Bundesrat Aubert: Wir wissen nicht, wie weit Ihr Land von diesen Oelquellen abhängt und daher durch diesen Konflikt bedroht wird.

Staatssekretär Probst: Ich habe noch selten in der Weltgeschichte einen unnötigeren Krieg erlebt als diesen.

Aussenminister Fischer: Beide Konfliktparteien stellen für die DDR keine kleinen Wirtschaftspartner dar. Der Krieg hat schon heute seine Auswirkungen. Wir sind in diesem Krieg neutral, aber der Grat, auf dem sich ein Neutraler bewegen muss, ist manchmal sehr schmal. Ich habe Mühe, mit meiner Logik die Entwicklung der Dinge in jener Weltgegend zu begreifen. Es ist in der Tat ein unnötiger Konflikt, doch wird in diesen Tagen ja auch von unnötigen Staatsbesuchen gesprochen ...

- 10 -

Staatssekretär Probst: Die Stellung der Schweiz ist in diesem Konflikt deshalb heikel, weil wir seit April in Teheran die amerikanischen Interessen wahrnehmen. Gleichzeitig vertreten wir Iran in Israel, Aegypten und Südafrika. Die Ausübung dieser Mandate ist nicht einfach.

7. Naher Osten

Dieses Traktandum wurde nicht erörtert.

Bundesrat Aubert schliesst die erste Sitzung mit einer Vorschau auf die am Nachmittag zu besprechenden bilateralen Traktanden und übergibt ein Aide-Mémoire betreffend die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949.

Die Gespräche werden am Nachmittag fortgesetzt.

8. Bilaterales

Bundesrat Aubert fasst den heutigen Stand der vermögensrechtlichen Verhandlungen zusammen, die aufgrund der Vereinbarungen vom 12. Juni 1972 über den Austausch von staatlichen Handelsmissionen aufgenommen wurden. Seit 1973 fanden vier Verhandlungsrunden auf Ebene der Delegationschefs sowie sieben Expertentreffen statt. Ein weiteres Expertentreffen ist für den kommenden Februar vorgesehen.

Botschafter Diez: Wir haben bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausdrücklich darauf hingewiesen, wie wichtig diese

- 11 -

Verhandlungen für uns sind. Wir sind dankbar, dass die bisherigen Treffen gut über die Bühne gegangen sind und bitten Sie, diesen Dank an die entsprechenden Personen weiterzuleiten. Da die Anmeldephase nun ihrem Ende entgegengeht, kommen wir an den Punkt, wo wir neue Impulse brauchen. Nach den bisherigen eher allgemeinen und unverbindlichen Erklärungen müssen wir uns jetzt mit den Grundsatzfragen befassen.

Seit der letzten Verhandlungsrunde vom Juni 1978 macht sich in der schweizerischen Öffentlichkeit eine gewisse Ungeduld bemerkbar, die sich allerdings sowohl gegen die DDR als auch gegen die schweizerischen Behörden richtet. Da die Verhandlungen auf Expertenebene nach unserer Ansicht so weit fortgeschritten sind, dass an die Ausarbeitung eines Globalabkommens herangetreten werden kann, bitten wir Sie, dass Nötige zu veranlassen, damit solche Verhandlungen aufgenommen werden können. Aufgrund von früheren Erfahrungen gelangen wir in diesem Zusammenhang mit der Bitte an Sie, den künftigen Gesprächspartner bei diesen Verhandlungen mit den nötigen Vollmachten auszustatten ("die Spiesse sollten gleich lang sein").

Wir sind uns wohl bewusst, dass die DDR parallel mit zahlreichen Staaten über vermögensrechtliche Fragen verhandelt. Trotzdem glauben wir, dass die Verhandlungen mit der Schweiz im Interesse unserer bilateralen Beziehungen beschleunigt fortgesetzt werden sollten. Die Erfahrung zeigt, dass der Abschluss eines entsprechenden Abkommens oft einen "reinigenden Effekt" auf die Gesamtheit der gegenseitigen Beziehungen zur Folge hat. (Es wird ein Aide-Mémoire zu diesem Traktandum übergeben).

Staatssekretär Probst bringt das Problem des Transfers nicht kommerzieller Zahlungen zur Sprache.

- 12 -

Wir erinnern daran, dass das am 27. Juni 1975 abgeschlossene Handels- und Wirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der DDR gleichentags u.a. auch zur Unterzeichnung eines Briefwechsels geführt hat, worin schweizerischerseits der Wunsch ausgesprochen wurde, dass zusätzlich zu den im Briefwechsel betreffend den Zahlungsverkehr aufgezählten Kategorien noch fünf weitere Zahlungsarten zum Transfer zwischen den beiden Staaten zugelassen werden.

Die Schweiz hat seither ihren Wunsch nach einer weitergehenden Regelung auf dem Gebiet des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs mehrfach wiederholt, u.a. in einem Aide-Mémoire, das Generalsekretär Weitnauer im Juni 1978 in Berlin dem Stellvertreter des Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Kurt Nier, übergab. Da die Behörden der DDR bisher noch keine Bereitschaft zeigten, Verhandlungen über dieses Thema aufzunehmen, bitten wir Sie, diese Frage erneut zu prüfen.

(Ein entsprechendes Aide-Mémoire wird übergeben.)

- 13 -

Aussenminister Fischer: Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR haben sich seit der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung normal entwickelt. Diese Beziehungen müssen jedoch weiter ausgebaut werden. Dies entspricht auch einem der in der Schlussakte von Helsinki festgelegten Grundsätze. Von der DDR aus betrachtet möchte ich die Beziehungen mit der Schweiz sogar als beispielhaft bezeichnen. Trotzdem erscheint es mir, dass sie weiterhin kontinuierlich auszubauen und zu verbessern sind. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass in Europa zu verschiedenen Problemen recht unterschiedliche Ansichten bestehen. Die Art und Weise und die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR können jedoch auf den Prozess der gegenseitigen Verständigung in Europa nur stimulierend wirken. Es gilt also, auf der multi- wie auf der bilateralen Ebene den Dialog weiterzuführen.

Im einzelnen sind nun die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu nennen. Der diesbezügliche Verkehr macht heute einen grösseren Anteil am jeweiligen Gesamtvolumen aus, als dies früher der Fall war. Dessen ungeachtet sollten die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weiterhin zielstrebig ausgebaut werden. Ebenfalls wäre dem Ausbau der Zusammenarbeit auf verkehrspolitischen Gebiet grössere Beachtung zu schenken.

Zudem gilt es, auf verschiedenen ausgewählten Gebieten noch Hindernisse aus dem Wege zu räumen, z.B. Zollbelastungen. Diese müssen im Interesse beider Länder zuerst minimiert und dann liquidiert werden.

Auch auf dem Gebiet der Vertragsbeziehungen gilt es voranzukommen. Ich denke hier insbesondere an den Rechtshilfevertrag. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die DDR-Seite zu diesem Problem 1976

./.

- 14 -

einen Entwurf übergeben hat. Seither haben wir dazu von schweizerischer Seite keine offizielle Antwort erhalten. Es wäre uns sehr daran gelegen, wenn uns eine solche möglichst bald zukommen könnte.

Auch auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet gilt es vermehrt, Anstrengungen zu unternehmen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Diese wäre auf jeden Fall für die DDR von Bedeutung. Insbesondere wäre an eine Stimulation des kulturellen Austausches gedacht.

Zur Frage nach dem Verbleib der ursprünglich als Leihgaben von Berliner Museen der Botschaft des Deutschen Reiches in Ankara und dem Generalkonsulat in Istanbul zur Verfügung gestellten Gemälde: Ich möchte meine Anwesenheit hier in Bern dazu benützen, ebenfalls auf diese noch offene Frage zu sprechen zu kommen, um der schweizerischen Seite in Erinnerung zu rufen, dass die DDR auf verschiedene Demarchen noch keine befriedigende Antwort erhalten hat. Ich wäre deshalb der schweizerischen Seite dankbar, wenn dieser Frage die nötige Aufmerksamkeit geschenkt und der DDR eine entsprechende Antwort erteilt werden könnte.

Zur Frage des Standes der vermögensrechtlichen Verhandlungen: Den von Botschafter Diez ausgesprochenen Dank nehme ich gerne entgegen und möchte gleich anschliessen, dass in den Verhandlungen zwischen 1978 und 1980 tatsächlich eine grosse Pause zu verzeichnen war. Wir bitten die schweizerische Seite jedoch um Verständnis, denn wir führen gleichzeitig viele vermögensrechtliche Verhandlungen mit mehreren Ländern. Wie Sie wissen, konzentriert sich alles auf den gleichen Zeitraum, weil diese Verhandlungen erst nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den interessierten Ländern aufgenommen werden konnten. Andererseits habe ich Verständnis für ent-

./.

- 15 -

sprechende Einwände aus parlamentarischen Kreisen der Schweiz, möchte jedoch beifügen, dass die Problematik dieser Verhandlungen nur einen Bruchteil der Gesamtbeziehungen zwischen der Schweiz und der DDR darstellt. Mit Genugtuung habe ich auch zur Kenntnis genommen, dass schweizerischerseits zwischen dem Verlauf der vermögensrechtlichen Verhandlungen und den gesamten bilateralen Beziehungen kein Junktum hergestellt wird. Wir sind der Ansicht, dass die noch hängigen Probleme eins nach dem anderen bearbeitet und gelöst werden müssen. Ich selbst werde mich dafür verwenden, dass sich die genannte Angelegenheit im beiderseitigen Interesse weiter entwickelt. Immerhin kann schon jetzt festgestellt werden, dass der gegenwärtige Stand einen guten Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen darstellt. 2000 Fälle befinden sich zwar noch in Bearbeitung, 1000 sind jedoch schon erledigt. Hier gilt es, mit Geduld zum Nutzen beider Länder zu arbeiten. Wichtig ist jedoch, dass gründliche Arbeit geleistet wird.

Zur Frage des Transfers nichtkommerzieller Zahlungen: Das uns überreichte Memorandum nehmen wir gerne nach Berlin mit. In dieser Angelegenheit sollten wohl Expertengespräche aufgenommen werden. Ich werde diese Angelegenheit in Berlin vorbringen.

Zum Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens: Auf Ihr Ersuchen fand hier ein erstes Expertengespräch statt. Unserer Ansicht nach sollte auch dieses Problem nicht im Dunkeln liegen gelassen werden. Ich würde die Wiederaufnahme von Expertengesprächen vorschlagen, wobei die Termine via unsere Botschaft auf diplomatischem Wege festgelegt werden könnten.

Abschliessend betone ich, dass die erwähnten Probleme bekannt und umrissen sind. Ich bekräftige, dass wir die hängigen Fragen aufarbeiten und lösen wollen. Dazu kann ich jedoch keine Zeitlimite an-

./.

- 16 -

geben, jedoch nochmals bestätigen, dass der gute Wille vorhanden ist.

Bundesrat Aubert : Ich möchte präzisieren, dass ich Ihnen diese hängigen Fragen der Sache willen vorgetragen und nicht wie ein amerikanischer Präsident am Vorabend von Wahlen präsentiert habe. Es liegt mir ernstlich daran, dass dieser offizielle Besuch dazu beitragen wird, die Lösung der noch hängigen bilateralen Probleme zu beschleunigen. Ebenfalls gebe ich der Hoffnung Ausdruck, dass dieser erste Besuch neue und sichtbare Impulse für eine vertiefte Zusammenarbeit geben wird. Auch Herr Staatssekretär Probst und Herr Botschafter Diez haben diesem Wunsch Ausdruck verliehen.

Wie Sie durch die Massenmedien erfuhren, haben sich kritische Stimmen zu Ihrem Besuch nicht nur von Seite der Parlamentarier und der Journalisten, sondern auch der öffentlichen Meinung vernehmen lassen. Gerade in diesem Zusammenhang lege ich Wert darauf, festzustellen, dass es uns daran liegt, gute Kontakte mit der DDR zu haben. Damit jedoch die Qualität dieser Beziehungen angehoben werden kann, sind neue Impulse nötig. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass Sie Ihrerseits die Wünsche und Hoffnungen der schweizerischen Seite berücksichtigen und uns positive Antworten auf unsere gestellten Fragen geben werden.

Auf einige von Ihnen aufgeworfene Fragen werde ich im folgenden selbst kurz eingehen, werde jedoch auch noch den Herren Botschafter Probst und Dr. Roches, letzterer vom Bundesamt für Aussenwirtschaft,

./.

- 17 -

im einzelnen das Wort erteilen.

Zur Frage des Sozialversicherungsabkommens: Hier möchte ich mich nicht im Detail äussern, sondern festhalten, dass zu dieser Frage die kompetenten Verhandlungsführer zuständig sind. Als im Jahre 1979 zum letzten Mal Expertengespräche stattfanden, wurde ein weiteres Zusammentreffen in Berlin vereinbart. Seither ist uns jedoch keine Einladung zugekommen. Nachdem wir uns nicht selbst einladen können, mache ich darauf aufmerksam, dass sich nun der Ball bei Ihnen befindet.

Es ist noch beizufügen, dass anlässlich des ersten Gespräches festgestellt wurde, dass zwischen den jeweiligen Konzepten der beiden Länder recht markante Unterschiede bestehen. Bis zur Lösung dieser Frage dürfte also noch viel Zeit verstreichen. Immerhin würden Expertengespräche helfen, dem Ziel näherzukommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals betonen, dass es für uns wichtig ist, der öffentlichen Meinung gegenüber auf Tatsachen verweisen zu können, die beweisen werden, dass Ihr Besuch es erleichtert hat, bei der Lösung noch hängiger Fragen rascher ans angestrebte Ziel zu gelangen.

Botschafter Diez gibt der Hoffnung Ausdruck, dass bei den Verhandlungen über vermögensrechtliche Probleme die Delegationen aus der DDR und der Schweiz über gleiche Vollmachten verfügen werden. Schweizerischerseits legt man grossen Wert darauf, dass Verhandlungen auf der Ebene der Delegationsleiter noch vor der Sommerpause 1981 stattfinden können. Via die Schweizerische Botschaft in Berlin wird dazu der DDR eine entsprechende Einladung zugestellt werden.

- 18 -

Bekanntlich ist für ein späteres Zustandekommen eines Entschädigungsabkommens die Zustimmung des Parlamentes erforderlich. Im jetzigen Zeitpunkt ist auch bei den beiden zuständigen Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten jedoch eine Verhärtung in bezug auf diese Verhandlungen festzustellen. Es ist deshalb notwendig, dass bald konkrete Ergebnisse vorgewiesen werden können. Wir möchten der DDR-Seite noch zur Kenntnis bringen, dass es für die zuständigen schweizerischen Behörden schwer sein dürfte, einer Lösung zuzustimmen, die das Parlament nicht befriedigt. Die DDR-Seite muss verstehen, dass in dieser Angelegenheit auch ernstzunehmende Probleme auf schweizerischer Seite bestehen. Zudem ist festzuhalten - als Beispiel können die vermögensrechtlichen Verhandlungen mit Ungarn erwähnt werden -, dass sich nach Abschluss derartiger Verhandlungen mit der DDR der Weg für andere und intensivere Kontakte öffnen wird. Es ist also zu hoffen, dass die weiteren Verhandlungen positiv und fruchtbar verlaufen werden.

Zur Frage der Gemälde: Botschafter Diez führt weiter aus, dass sich auf der rechtlichen Seite dieser Angelegenheit erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die Rechtsauffassungen der DDR und der Schweiz gehen in diesen Beziehungen eindeutig auseinander.

Es konnte bisher festgestellt werden, dass sich die Bilder nicht in der Schweiz befinden. Es wird versucht, bis zur nächsten Verhandlungsrunde Klarheit in die Frage zu bringen.

Rechtshilfeabkommen: Botschafter Diez äussert sich dazu wie folgt:

./.

- 19 -

Die Schweiz und die DDR haben beide das Haager Abkommen vom 17. Juli 1905 über Rechtshilfe in Zivilsachen unterzeichnet. Wir sind der Ansicht, dass dieses Abkommen genügt, um hängige Fälle lösen zu können. Uns sind jedenfalls keine Fälle bekannt, in denen sich die bestehenden vertraglichen Abmachungen für die Lösung der Probleme als ungenügend erwiesen hätten. Falls die DDR-Seite aufgrund der bestehenden Situation ungelöste Fälle vorweisen könnte, bestünde immer noch die Möglichkeit, mit dem EJPD Kontakt aufzunehmen und nach einer Lösung zu suchen.

Rechtshilfe in Strafsachen: Bis jetzt hat die Schweiz mit keinem sozialistischen Staat ein solches Abkommen abgeschlossen. Zurzeit ist es leider nicht möglich, in dieser Angelegenheit eine sachlich befriedigende Antwort zu geben, da sich das neue Gesetz, nämlich das "Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen", noch in Ausarbeitung befindet. Solange dieses Gesetz nicht Rechtskraft erlangt haben wird, können wir - in Uebereinstimmung mit dem EJPD - keine Verhandlungen in dieser Angelegenheit führen. Bereits jetzt kann aber festgestellt werden, dass gewisse gesetzliche Vorschriften in der DDR Elemente enthalten, die sich nicht mit der schweizerischen Gesetzgebung im Einklang befinden oder bringen lassen.

Bundesrat Aubert erwähnt, dass sieben Konventionen des Europarates wegen dieses noch nicht bestehenden Gesetzes vorläufig nicht ratifiziert werden konnten. Es bestehen also nicht nur Probleme mit der DDR, sondern auch mit anderen Staaten.

Dr. Roches (BAWI) stellt fest, dass die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten noch ausgebaut werden sollten.

./.

- 20 -

Diese Meinung wird sowohl von Bundesbehörden als auch von wirtschaftlichen Kreisen vertreten. Zur Entwicklung der gegenwärtigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen kann beigefügt werden, dass sich das Ungleichgewicht der für die Schweiz positiven Bilanz verringert.

Zu den von DDR-Seite erwähnten Zollhindernissen kann aufgeführt werden, dass die DDR in den Genuss der Ergebnisse der Tokyo-Runde kommen wird. Probleme bilateraler Natur werden auch später in der gemischten Kommission besprochen, die schon zweimal tagte und deren nächstes Treffen auf Mitte 1981 anberaumt wurde. Ebenfalls wäre noch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Drittstaaten auszubauen, so zum Beispiel in Griechenland. Bilanz der Beziehungen: Man kann mit dem Erreichten zufrieden sein, muss sich jedoch tatkräftig neuen Aufgaben zuwenden.

Staatssekretär Probst ergänzt, dass die DDR auch als nicht GATT-Mitglied infolge der ihr von der Schweiz zugestandenen Meistbegünstigung in den Genuss des innerhalb des GATT ausgehandelten Zollabbaus gelangen wird.

Bundesrat Aubert erwähnt, dass die zwischen dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR abgeschlossene Vereinbarung ab 1981 dazu beitragen dürfte, die wissenschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Auswahl von Wissenschaftern sachlich und frei von politischen Ueberlegungen erfolgen wird.

Aussenminister Fischer verdankt die Antworten und erklärt, dass es sich hier um erfreuliche Tatsachen handle. Insbesondere erwähnt er mit Genugtuung, dass man im gegenwärtigen Handelsverkehr bereits ein ausgeglicheneres Verhältnis feststellen kann und dass sich dieses Verhältnis noch positiver einpendeln dürfte. Ebenfalls verdankt er die Aeusserungen betreffend den Abbau der Zollschraken.

- 21 -

Die Antworten zur Frage der Rechtshilfe verdankt er ebenfalls und erwähnt, dass immerhin versucht werden sollte, Expertengespräche zu Teilgebieten dieser Problematik aufnehmen zu können.

Zur Frage der Bilder nimmt er die erhaltene Information zur Kenntnis.

Zu den vermögensrechtlichen Verhandlungen wird eine Einladung vor der Sommerpause 1981 angenommen.

In der Angelegenheit des Sozialversicherungsabkommens wird sich Aussenminister Fischer dafür einsetzen, dass von DDR-Seite aus eine Einladung für eine weitere Verhandlungsrunde an die Schweiz gerichtet wird.

Abschliessend erwähnt er, dass sein Besuch hier in Bern eine Krönung erfahren würde, wenn Bundesrat Aubert die Einladung zu einem Besuch in Berlin annehmen würde. Nach Zustimmung von Bundesrat Aubert erklärt Aussenminister Fischer wörtlich: "Ich bin froh, dass Sie das tun." Von einer derartigen Begegnung müssen natürlich Impulse ausgehen. Auch muss es zur Beschleunigung in der Behandlung der hängigen Fragen kommen. Auf DDR-Seite ist alles wohl notiert worden. Wir wollen uns nun dafür einsetzen, dass alles fein säuberlich und im Geiste korrekter bilateraler Beziehungen erledigt wird. Ich darf auch meiner Genugtuung Ausdruck verleihen, feststellen zu dürfen, dass es kein Junktim gibt. Ich verstehe, dass man Prioritäten setzt und dass sie einzuhalten sind.

Bundesrat Aubert verdankt diese Haltung und gibt ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, dass die geführten Verhandlungen zu neuen Impulsen führen werden.

./.

Humanitäre Angelegenheiten : Bundesrat Aubert liest seinem Partner den Text von drei Memoranden zu den beiden Familienzusammenführungsfällen und zu einer Besucherangelegenheit vor und übergibt die Papiere seinem Kollegen. Er erwähnt anschliessend, dass er sich dieser Fälle aus humanitären Gründen angenommen hat und erfreut wäre, wenn den Anträgen stattgegeben werden könnte.

Ebenfalls aus humanitären Gründen setzt sich Bundesrat Aubert für die Verringerung des Strafmasses für vier in der DDR inhaftierte Schweizer ein. Ein entsprechendes Aide-mémoire wird übergeben. Bundesrat Aubert erwähnte dazu noch, dass selbstverständlich das Vergehen "Beihilfe zu Republikflucht" gemäss schweizerischen Gesetzen nicht bekannt ist.

Schliesslich fügt Bundesrat Aubert bei, dass er auch einige Briefe in diesen Angelegenheiten erhalten hat.

Aussenminister Fischer gibt zu verstehen, dass er die Aeusserungen seines Kollegen wohl verstanden hat. Er erwähnt auch, dass er die Lage verstehe, in der sich Bundesrat Aubert nach Erhalt der Briefe befinde. Allerdings gelte es für diesen auch, seine Lage als Aussenminister der DDR zu verstehen. Er nämlich sei weder der liebe Gott (was als Atheist sowieso ausser Reichweite stünde) noch der zuständige Richter. Die erwähnten Haftfälle wegen Beihilfe zur Republikflucht sind abgeschlossen; es wird nicht mehr möglich sein, darauf einen Einfluss ausüben zu können. Trotzdem werde ich das entsprechende Memorandum den zuständigen Stellen weitergeben. Eine Intervention meinerseits dürfte kaum auf Verständnis der DDR-Richter stossen. Meiner Ansicht nach dürfte jedoch der vierte Fall, bei dem es sich um den Unfall eines Lastwagenlenkers handelt, möglicherweise eine Chance haben. Generell ist anzufügen, dass Schweizerbürger darauf verzichten sollten, die Beihilfe zur Republikflucht als passende Finanzquelle anzusehen.

- 23 -

Ich werde also sämtliche humanitären Fälle den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringen, werde sie jedoch als Einzelfälle betrachten, die die bilateralen Beziehungen nicht belasten werden. Sie können versichert sein, dass diese Angelegenheiten grosszügig behandelt werden, jedoch nur insofern es die in der DDR bestehenden Gesetze erlauben.

Aufgrund der von der DDR bewilligten Ausreiseanträge werden Sie auch feststellen können, dass bereits jetzt derartige Angelegenheiten grosszügig gehandhabt werden, falls keine "inneren Gründe" dagegenstehen. Diese inneren Gründe brauchen nicht für alle Zeiten zu gelten. Ebenso sind auch einige Besuchsreisen bewilligt worden.

Bundesrat Aubert gibt zum Ausdruck, dass er sich bewusst ist, dass Aussenminister Fischer weder der Justizminister noch der zuständige Richter ist. Er ist jedoch der Aussenminister und "Ministre de charme" der DDR, der behilflich sein sollte, die bilateralen Beziehungen zu regeln und verbessern zu helfen. Auch mit dem rumänischen Aussenminister Andrej sei über viele humanitäre Fälle gesprochen und seither bereits eine stattliche Anzahl gelöst worden.

Bundesrat Aubert bedankt sich nochmals für die Akkreditierung des Schweizer Journalisten Michel Pache in Berlin (DDR) und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass gleiche Möglichkeiten dereinst auch für Journalisten der NZZ, des Tagesanzeigers und der Weltwoche bestehen werden. Ein entsprechendes Aide-mémoire wird übergeben.

Aussenminister Fischer nimmt das Aide-mémoire entgegen, fragt jedoch, wo sich denn die interessierten Journalisten zurzeit befänden.

Herr Uhl antwortet, dass es sich zurzeit nur um generelle Wünsche der erwähnten Zeitungen handelt und dass bei der

NZZ und beim Tagesanzeiger Korrespondentenwechsel bevorstünden. 1981 würde man ein entsprechendes Gesuch gerne unterbreiten; bei der jetzigen Demarche hätte es sich lediglich um eine vorsorgliche Intervention gehandelt.

Abschliessend erklären sich die beiden Aussenminister mit dem Besuch und den erfolgten Gesprächen sehr zufrieden.

Beilage zur Zusammenfassung der Gespräche
(s.S.3)

Besuch O. Fischer, Aussenminister der DDR in Bern

Am Rande der offiziellen Gespräche fand am 20. November 1980 eine Diskussion über die KSZE statt.

Teilnehmer seitens der DDR : Herr Strohmeyer (S) und
Herr Stelzner

Teilnehmer schweizerischerseits : Botschafter Ritter und die
Herren Renk und Troendle

1. Auf eine entsprechende Frage erklärte S, die sozialistischen Staaten seien nach wie vor am KSZE - Prozess interessiert (für die USA hingegen, liege die KSZE "ferner als für uns Europäer"). Das Belgrader Nachfolgemodell (Gelbes Buch) hätte nicht übernommen werden können, nicht etwa aus Angst vor der Durchführungsdebatte, sondern weil Ziel des Madridertreffens ein "konstruktiver" Ausgang mit "konkreten vorwärtsweisenden" Beschlüssen sein müsse.
2. Zum Problem des nächsten Folgetreffens nach Madrid äusserte sich S sehr vorsichtig; er liess durchblicken, es werde stattfinden, aber wann es durchgeführt werden könne, bleibe noch offen. Eine Anknüpfung an die im letzten WAPA-Kommuniqué gestellten "Bedingungen" wurde weder dementiert noch bestätigt.
3. Zum Korb I bemühte sich S, die Gemeinsamkeiten zwischen den französischen und den WAPA Vorschlägen herauszustreichen. So müsse zuerst das Vertrauen wieder hergestellt werden, bevor an eigentliche Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsgespräche zu denken sei. Interessant war die Feststellung, die DDR trete für überprüfbare CBM's ein. Der konkreten Frage, wie die vertrauensbildenden Massnahmen zu verifizieren seien, wich S mit der Bemerkung aus, er könne nicht den Verhandlungsergebnissen vorgreifen). Für ein

Obligatorium hingegen, sei die Zeit nicht reif. Die geographische Ausdehnung des Anwendungsbereiches der CBM's schliesslich, wurde kategorisch abgelehnt. Wir erläuterten den N+N Vorschlag über die CBM's und erinnerten an unser Interesse an der Fortführung der Bemühungen betreffend SRPD (Expertentreffen nach Madrid zur friedlichen Streitbeilegung). S versicherte uns der prinzipiellen Unterstützung der DDR dazu.

4. Im weiteren Gespräch wurden die Körbe II und III kurz gestreift. S hob das Interesse der DDR an einer Energiekonferenz hervor. Wir übergaben unser Papier über Information und Arbeitsbedingungen der Journalisten.
5. Auffallend war das Bemühen von S, mit der Schweiz eine gemeinsame Linie zu finden; wir hingegen waren bemüht, diese herab zu spielen.

* * *

*